

Für eine Willkommens- kampagne

Statement von Angelika von Loeper, 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrats, beim Flüchtlingsgipfel am 13. Oktober

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,
der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg bedankt sich für die Einladung zum Flüchtlingsgipfel und für die Möglichkeit zu einem inhaltlichen Beitrag.

Perspektiven der Flüchtlingspolitik

Als Sie, Herr Ministerpräsident vor einem Jahr nach der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa mit den Worten zitiert wurden: „Deutschland sollte sich in der Europäischen Union einsetzen, dass die Flüchtlinge besser verteilt werden, und mehr aufnehmen“, haben Sie vielen Menschen aus dem Herzen gesprochen.

Die Särge in dem Hangar von Lampedusa stehen als Menetekel einer verfehlten Flüchtlingspolitik. Solidarität mit den Staaten an den Außengrenzen wurde seit Jahren vergeblich angemahnt. Jetzt könnte ein Umdenken stattfinden, die Rettung von Menschenleben Priorität gewinnen angesichts der Krisen vor den Toren Europas, so war die Hoffnung. Das Festhalten an dem unsolidarischen europäischen Zuständigkeitssystem Dublin III erhielt aber höhere Priorität auf europäischer Ebene als die Rettung von Menschenleben und eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen.

Italien wurde mit seinem Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum alleine gelassen, erst als dadurch die Zahl der Flüchtlinge auch in Deutschland anstieg, war der Ruf nach einer gerechteren Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU aus Deutschland zu vernehmen. Mehr als 100.000 Flüchtlinge konnten durch diese Operation sicher an Land gebracht werden. Dennoch sind seit Januar 2014 mehr als 3000 Menschen auf dem Weg nach Europa zu Tode gekommen.

Wenn jetzt im November Mare Nostrum durch den Einsatz Frontex plus abgelöst wird, steht zu

befürchten, dass die Zahl der Toten wieder steigen wird angesichts des geringeren Wirkungskreises und Budgets.

Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie, seit UNHCR Flüchtlinge registriert. In Anbetracht der vielfältigen Krisen muss auch Europa seiner Verantwortung gerecht werden. Die Grundlagen sind längst gelegt. Europäische Richtlinien legen Mindeststandards für die Aufnahme, das Verfahren und die Definition von Flüchtlingsschutz fest. Allerdings ist die Praxis in den Mitgliedstaaten höchst unterschiedlich. In vielen Staaten an den südlichen und östlichen Außengrenzen können Flüchtlinge keine menschenwürdigen Bedingungen vorfinden. Wenn sie etwa nach Deutschland weiterreisen, droht ihnen die Gefahr, in den Staat, den sie nachweislich als erstes betreten haben, abgeschoben zu werden.

Außer den begrenzten Aufnahmekontingenten gibt es keine legalen Wege für Flüchtlinge nach Europa. Wer sich auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer begibt, sucht für sich, seine Familie einen geschützten Ort, um ein neues Leben zu beginnen. Eine Mischung aus Verzweiflung, Energie und Hoffnung, auf eine neue sichere Lebensplanung treibt die Menschen auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer. Dort, wo Flüchtlinge sich die besten Chancen erhoffen, suchen sie das Ziel ihrer Zuflucht: seien es Verwandte, Landsleute, Sprachkenntnisse, Chancen, den Beruf ausüben oder das Studium fortsetzen zu können. Alles sind gute Voraussetzungen für eine gelingende Integration am Ort der Zuflucht. Eine gerechte Verteilung der Verantwortung innerhalb der EU und Solidarität mit den Flüchtlingen muss das Ziel einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik sein. Dafür müssen nicht Menschen in einem aufwändigen bürokratischen Verfahren hin- und hergeschoben werden. Zielführend können ebenso finanziel-

le Transfers die Länder mit einer großen Zahl an Flüchtlingen unterstützen.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ist ebenso der Meinung, dass sich unser Land der Verantwortung stellen muss und mehr Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen kann. Wir sind froh, dass mit diesem Flüchtlingsgipfel ein erster wichtiger Impuls gesetzt werden kann. Es bedarf einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung, bei der alle Akteure das gleiche Ziel vor Augen haben und parteipolitisches Kalkül hintanstellen.

Willkommen in Baden-Württemberg

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg möchte anregen, durch vielfältige Maßnahmen der Integration von Anfang an eine Willkommenskultur für Flüchtlinge in Baden-Württemberg aufzubauen und eine Kampagne zu etablieren.

Hierzu gehört nach unserer Meinung eine proaktive und transparente Politik. „Das Boot ist nie voll.“ Deutschland stehe in der Pflicht, Menschen, die verfolgt werden, die um Leib und Leben fürchten müssten, Schutz zu gewähren. „*Da kann es keine Einschränkung geben.*“ haben Sie, Herr Ministerpräsident, am 25. September bei dem Treffen mit verschiedenen Verbänden formuliert. Dies halten wir für eine wichtige Voraussetzung, ehrlich zu benennen, dass mehr Flüchtlinge kommen werden und dass es keine Einschränkungen geben darf. Die hohe Errungenschaft des individuell eintragbaren Flüchtlingsschutzes darf keine Grenzen kennen. Jeder Mensch, der Schutz vor Verfolgung sucht, hat das Anrecht auf ein faires Verfahren und auf eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung.

Gerne hätten wir sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene schon früher strukturelle Anpassungen gesehen, Aufstockung von Personal und Aufnahmekapazitäten. Wir hoffen, dass jetzt zügig gehandelt wird. Es ist verständlich, dass der Aufbau von Kapazitäten nicht so schnell mit eigenen Ressourcen durchgeführt werden kann. Wir warnen aber dringend davor, profitorientierten Unternehmen quasi ein Abonnement für Capacity Building zu geben oder Flüchtlinge alleine von Security-Personal bewachen zu lassen, ohne unabhängige Beratung oder Kontrolle vor Ort. Nach unserer Meinung sollten an dieser Stelle die Verbände der freien Wohlfahrtspflege um Unterstützung gefragt werden. Know How im Etablieren von Unterbringung ist dort in den verschiedensten Bereichen vorhanden.

Integration von Anfang an bedeutet für uns eine Aufnahmepolitik, die nicht nur die Anforderung der Verwaltung berücksichtigt, sondern den Schutzsuchenden als Subjekt in den Mittelpunkt des Verfahrens rückt. Hierzu bedarf es einer ausreichenden Ausstattung an unabhängiger, qualifizierter Verfahrens- und Sozialberatung an jedem Ort, an dem Flüchtlinge untergebracht sind und auch zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens. Nur so kann das Land den Anforderungen der EU-Aufnahmerichtlinie nach der Identifizierung besonders Schutzbedürftiger und ihrer Unterstützung gerecht werden. Bereits bei der Registrierung sind bestimmte Gruppen Schutzbedürftiger zu identifizieren wie etwa Schwangere, alte Menschen, Menschen mit Behinderung, kranke Menschen, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Ihnen ist besondere Unterstützung zu gewährleisten und ein besonderer Schutzraum zu bieten. Es kann nicht sein, dass eine Mutter mit ihrem Neugeborenen in einem Massenlager untergebracht wird. Für solche Situationen sind besonders ausgestattete Schutzräume zu etablieren.

Dass in Zeiten mangelnder Kapazitäten das wichtigste Ziel ist, Schutzsuchende nicht der Obdachlosigkeit auszusetzen, ist richtig und wichtig. Gleichzeitig müssen bei den Neuplanungen Best-Practice-Modelle etabliert werden.

Hierfür gibt es vielerorts eine Vielfalt von Beispielen. So kann die Zeit der Erstaufnahme, wenn sie wieder in ruhigere Fahrwasser gerät, für erste Orientierung genutzt werden, ähnlich der Orientierungskurse in Niedersachsen. Es hilft Flüchtlingen, die Zeit des Wartens zu strukturieren, erleichtert die Kommunikation, wenn erste Deutschkenntnisse erworben werden, und kann eine erste Orientierung in den Arbeitsmarkt sein. Gerade nach der Verkürzung des Arbeitsverbotes auf 3 Monate, sollte die Zeit der Erstaufnahme sinnvoll genutzt werden.

Wir sind froh, dass mit dem neuen Flüchtlingsaufnahmegesetz der Perspektivwechsel in der Flüchtlingsaufnahme seinen Eingang gefunden hat. Angesichts steigender Flüchtlingszahlen darf aber die neue Perspektive der Integration von Anfang an nicht aus den Augen verloren werden. Die Öffnung und Durchlässigkeit der Systeme sollte vorangetrieben werden. Es stellt sich noch einmal die Frage, ob es nicht besser ist, auf ein zweigliedriges Verteilsystem nach der Erstaufnahme zu verzichten und die Flüchtlinge direkt von der Erstaufnahme den Kommunen zuzuweisen oder ggf. den Landkreisen zu ermöglichen, direkt den Kommunen zuzuweisen. Dies würde für die Zukunft nicht

nur eine Verstetigung der Lagerunterbringung vermeiden helfen sondern auch vermeiden, dass Flüchtlinge im Aufnahmeverfahren mehrfach den Wohnort wechseln müssen, was einer beginnenden Integration zuwiderlaufen würde. Im Gegensatz zu den Landkreisen haben Kommunen eigene Immobilien und Planungsmöglichkeiten.

Damit Flüchtlinge frühestmöglich in Wohnungen leben können, sind für alle Menschen, die bezahlbare Wohnungen benötigen, soziale Wohnungsbauprogramme aufzulegen. Flüchtlinge müssten als Zielgruppe in den Bereich der Programme aufgenommen werden. Gute dezentrale Aufnahme-konzepte, die Flüchtlinge schnell in Wohnungen aufnehmen, sollten eine Sonderförderung erhalten. Die Möglichkeit, schnell wohnen zu können, muss vor staatlicher Unterbringung als Vorrangprinzip etabliert werden. Hierfür braucht es eine Durchlässigkeit der Systeme von Anfang an. Wenn jemand bei Verwandten wohnen kann, sollte es nicht an der Wohnsitzverpflichtung scheitern.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

Baden-Württemberg hat ein Pfund, mit dem es wuchern kann und um das es vielerorts beneidet wird: ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge findet im Land seit jeher in großem Maße statt und hat einen immensen Zulauf. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg setzt sich als Dachorganisation der ehrenamtlichen Initiativen nicht nur für die Interessen der Flüchtlinge in der Politik und in der Öffentlichkeit ein, er vertritt auch die Interessen der vielen Ehrenamtlichen hierzulande. Fortbildung, Vernetzung, Tagungen, Newsletter halten die ehrenamtlich Engagierten informiert und bringen sie auf den neuesten Stand. Durch Projekte unterstützen wir neue Gruppen, machen Einführungsveranstaltungen und halten eine Beratungshotline. Aber, ehrenamtliches Engagement kann hauptamtliche unabhängige Beratung nicht ersetzen. Es versteht sich vielmehr als Ergänzung und Begleitung in vielfältiger Weise. Ehrenamtliches Engagement braucht Koordination, Supervision und professionelle Begleitung. Das Engagement der Menschen hierzulande darf nicht durch Überforderung verbrannt werden. Daher muss ehrenamtliches Engagement ausreichend finanziell ausgestattet werden. Eine gelingende Begleitung von Flüchtlingen kann aber auch nur dann erreicht werden, wenn staatliches und Verwaltungshandeln transparent nachvollzogen werden kann.

Ehrenamtliches Engagement entfaltet nicht nur auf Flüchtlinge eine positive Wirkung. Es wirkt ebenso in die Gesellschaft, fördert Akzeptanz und bildet einen wichtigen Faktor in der Antirassismuskampagne: ein wichtiger Faktor für die Balance in unserer Gesellschaft und für ein Willkommen in Baden-Württemberg.

Gerne möchte sich der Flüchtlingsrat an einer breit angelegten Kampagne „Willkommen in Baden-Württemberg“ aktiv beteiligen.

In diesem Sinne hoffen wir mit dem heutigen Flüchtlingsgipfel auf einen Anfang zu einer Verstetigung einer breit angelegten gemeinsamen Willkommenskampagne.

Hinweis: Dieser vorbereitete Beitrag konnte beim Flüchtlingsgipfel aus Zeitgründen nur in einer Kurzfassung gehalten werden.

Die Autorin:

Angelika von Loeper ist 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrats BW und Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL